

SOPOINFO arbeitsmarkt

Wahlaussagen der Parteien zu arbeitsmarktpolitischen Forderungen der IG Metall

Sozialstaatliche Neuordnung des Arbeitsmarktes in Sicht?

Gesetzlicher Mindestlohn, "Gleiche Arbeit, gleiches Geld, gleiche Rechte" in der Leiharbeit, verbesserte Absicherung Arbeitsloser – das sind Elemente einer sozialstaatlichen Neuordnung des Arbeitsmarktes, wie sie die IG Metall fordert. Ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien zeigt: Einige Forderungen sind von Parteien aufgenommen worden, andere finden noch wenig Widerhall.

Beschäftigtenbefragung der IG Metall 2013

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von anfänglich mindestens 8,50 €.

24% stimmen eher zu

67% stimmen voll und ganz zu

stimmen eher nicht zu stimmen nicht zu

Leiharbeit und Werkverträge müssen gesetzlich neu geregelt werden. Es muss grundsätzlich gelten: "Gleiche Arbeit - gleiches Geld".

67% stimmen voll und ganz zu

stimmen eher nicht zu stimmen nicht zu

IG Metall SOPOINFO Quelle: IG Metall Arbeit: sicher und fair! Die Befragung. Ergebnisse, Zahlen, Fakten



Die Erfolgsmeldungen über steigende Beschäftigung und sinkende Arbeitslosigkeit verschleiern den schleichenden Wandel am Arbeitsmarkt. Dieser ist gekennzeichnet durch eine massive Zunahme atypischer Beschäftigung, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und den Abbau von Leistungen und (Schutz-)Rechten für Arbeitslose. Viele können von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Der Weg ins Hartz IV-System ist kurz und der Ausstieg oft nur vorrübergehend oder ganz versperrt. Die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahrzehnte hat diese Entwicklung maßgeblich befördert. Die IG Metall fordert daher eine sozialstaatliche Neuordnung des Arbeitsmarktes.

Gute und sichere Arbeit

Um die Zunahme atypischer Beschäftigung und die Ausbreitung sozialer Unsicherheit trotz Arbeit zu stoppen, ist ein Bündel an Maßnahmen nötig. Die IG Metall will insbesondere einen einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohn von anfänglich mindestens 8,50 Euro,

Maßnahmen zur Eindämmung und Verhinderung von Leiharbeit und die Abschaffung sachgrundloser Befristungen. Bei der SPD, der Linken und Bündnis 90/Die Grünen stoßen diese Forderungen im Wesentlichen auf Zustimmung. CDU/CSU und die FDP stehen ihnen dagegen weitgehend ablehnend gegenüber. Nach langem innerparteilichem Ringen will die CDU/CSU statt eines gesetzlichen Mindestlohns die Tarifparteien zur Festlegung verbindlicher Lohnuntergrenzen in Branchen ohne Tarifvertrag verpflichten. Dabei sollen regionale und sektorale Unterschiede möglich sein. Im Klartext heißt das: Abweichungen nach unten wären zulässig - ohne jegliche Grenze. Zudem blieben existierende Tarifverträge mit niedrigen Entgelten weiter bestehen. Um dem Missbrauch und Lohndumping bei den Minijobs entgegenzuwirken, sieht die IG Metall zudem die

Notwendigkeit, den Sonderstatus der Minijobs abzuschaffen und diese in "normale Arbeitsverhältnisse" zu überführen. Hierzu haben die Gewerkschaften im

15

DGB ein Konzept vorgelegt. Ein zentrales Element ist die Einführung der Sozialversicherungspflicht. Während CDU/CSU und FDP die Augen verschließen, sehen die Oppositionsparteien die Problematik. Es gibt aber ein unterschiedliches Herangehen. Die Linke setzt auf eine Abschaffung des Sonderstatus und eine Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde. SPD und Grüne wollen der Umgehung des Arbeitsrechts bei den Minijobs begegnen und die soziale Absicherung verbessern. Die Grünen setzen zudem auf eine Begrenzung der Minijobber im Betrieb sowie eine Stundenobergrenze. Sie sprechen von einem Einstieg in eine Reform der Sozialversicherungspflicht, wobei Näheres jedoch unklar bleibt. Teils ist die Rede von einer Abgabenpflicht ab 100 Euro.

Absicherung Arbeitsloser verbessern

Zur besseren Absicherung von Arbeitslosen fordert die IG Metall eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf bis zu 36 Monate. Damit würden insbesondere ältere Arbeitslose stärker vor dem Abrutschen in Hartz IV verschont. Die Parteien greifen dies bisher kaum auf. Lediglich Die Linke tritt für eine verlängerte Bezugsdauer ein, wobei der genaue Umfang aber unklar bleibt. Derzeit ist Voraussetzung für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I, dass man innerhalb der letzten zwei

Arbeitsmarkt:

Was meinen die Parteien zu den wesentlichen Forderungen der IG Metall?

Eine Übersicht kann abgerufen werden:

ie 16 Metall fordert	CDU/CSU	SPD	FDP	DJE LINKE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
ines einheitigben, flächendecken- en gesetzlichen Mindesgahn von ,50 Euro.	Napfichting der Tarlparleien zur Fer ^{Ge} - gung webindlicher Lichnantingserzen in Erzuchen diese Tarliverzag regionale) wissonale Outferenzienungen möglich.	Einheitlicher Blichendrickender gesultzlicher Winderstehn von mindersters 8,50 °C.	Kein abgemeiner füchendeckender Minderstate.	Füchendeckender gruntsjoher Minden- lahn von zehn Euro, weitere Steigerung auf minderders 12 6.	von mindenters. 8,50 €.
ferfelhdauer, Synchronicationsver-	Forghalter an Abweichnöglichkei Von Equal-Pay durch Tarlivertrag, gegebe- nenhals Prütung von Hands/Epibedarf.	Gleicher Lohn für gleiche und gleich- werfige Arbeit, Synchronisationsyerbot wieder einfüllserh Ansbau der Mitbertim mung des Betriebssates.	Eas Hardungbedar.	Langhining ein Werbot der Leiharbeit, bis daten, powii Pay, Flexibilitätzulage vo ^{ll} 10%, Bergenzung der Verweildauer auf wenige Monate, Synchronisatio/Hoverbot.	
oot, Ausbou Mithestimmung. In Abschaffung sachgrundlasser Behinhundlift.	Einschränkung behinder Beschäftenun	Abstralling satigrandose Behistungen	Lockerung des Vorbehchäftgungs-	Abschafting sadigrandoser Behistunger.	Abschafting sachgrandooff Behins/IRM
die Abschaffung der Sondersta ^{ber} der Minijobs.	Festivative am Sonderfativa der Mini- jobs	Umgehung des Arbeitssechts bei Minijobs ausschließen und soziale Absicherung verbessen.	Fechalten an Minijobs in d ^{er} jefzligen floem.	Yable Socialumischerungspflicht für Miniphs ab der ensten Stuffelt.	gegeroung Anzahl Meljabber p ^{ro} Betrieb, Szundmobergeroze, Gleichbe- handung, Einstieg in Relp ^{rin} der Socialsenicherungspflicht.
die stärkere Ausrichtung auf eilch- haltige Vermiffung in gute Arbeit.	Frühnetige Abstrüerung Arbeitsbuer un schaftlistnögliche Integration in d ^{en} ender Arbeitsmäßt.	Vorungig katalwescherungsplichtige gute Arbeit auf dem 1 Arbeitsmarkt, begiene Betwung Arbeitsloser	Verbessenung des Eulenzu-Agements uns des Bestehungsschlüssels.	Factorionicipergenhede Stinlung der Vermittung in gute Arbeit und nachhalt ge Maßsahmen, Rechtsamprüche für Arbeitsten auf Fond ^{er} —affentenen	verbesserung der Weiterbildung Für - Arbeitslose, Wallinecht für Arbeitslose bei Mallinahmen.
die Verlängerung der Bezugsdauer der Al-C I verl bis vo 14 M002fe.	Dana Verlängerung wird von der Elizien siche haltstellet.	Eine suiche Vertiegerung hit nicht vorgeraben.	Diese Verlängerung wird von der 8	Verlagerung der Bezugsdaler des Arbeitschregelden, Umfang unklar	Eine solche yeflängerung kit nicht songerarben.
die Verlängerung der Rahmenfriet von zwei auf drei Jahre.	Easter Andrews organism.	Verlängerung der Rahmersfrist von zwe auf des jahre.	Keine Anderunt värgerahen.	yetängerung der Rahmenfocz y ⁽¹⁾ 2 Hei auf des Jahre.	Arbeitsüssengrüd, weren mindenbers 4 Monater innerhalb von 2 jahren Beitstige gezahlt sunden Amprach stelgt mit der Dauer der Beitragszahlung.
bedartsgerechte und existenzui- chernde Regeleitze und ihre deut- liche Anbebunt sonie die Abschaf- tung von Sanktionen gegen Hartz 19-Empfürger.	Es wird je'n Wrânderungsbedarf der derzeitigen Regelung geraften.	Die S70 tritt für verbruungsfehde Regelspore ein Keine Abschaffung ode Answitzung von Sanktonen vorgesebe	Schemania (infiltrum eines liberaine Bürgergeldes (Zusammed stramg steue n. erfenzeinten Sastallenburgen) keine Anderung bei Sasia/Inter.	sicherung Jeursthietig Anhebung der Regelsatzer auf 500 € und Abschaftung der Sanktionen.	Achebung des Rugelhatzes auf 420 €; statt Bildungs- und Teilhabepalell Erhähung des Kindensegelsutzes, Sanktionsmoratorium bis zur Erafbeitung neuer Regeln.
Zumotharkelturegelungen, die Arbeits-less nicht zwiegen, unter- taeffich/ortsüblich zu arbeiten.	Krine Veränderung vorgerarhen.	Keine Wermittlung in Arbeit unterhalb ortsüblicher Entgelbe	Erice Veränderung vorgeniten.	Unumuther soll Arbeit sein, die unter- tunflich bezuhlt wind bzw- unterhalb von 10 € liegt.	grine Verlanderung vorgeneten

Quelle: IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik

Jahre mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat. Die IG Metall fordert eine Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre. Dies würde dazu beitragen, dass viele befristet und instabil Beschäftigte Anspruch auf Arbeitslosengeld I erhielten. Während die Regierungsparteien dies ablehnen, gibt es Übereinstimmung mit der Opposition. Die IG Metall fordert zudem bedarfsgerechte und existenzsichernde Hartz IV-Regelsätze und ihre deutliche Anhebung sowie eine Abschaffung der Sanktionen. Bei CDU/CSU und FDP zeigt sich hier keine Bewegung. Die SPD tritt für verfassungsfeste Regelsätze ein. Eine kurzfristige Erhöhung des Regelsatzes und eine Aussetzung bzw. Abschaffung der Sanktionen wird von den Grünen und der Linken gefordert. Wichtig ist aus Sicht der IG Metall zudem eine Veränderung der Zumutbarkeitsregeln, so dass Arbeitslose nicht zum Lohndumping gezwungen werden. Bewegung in dieser Richtung gibt es bisher lediglich bei der SPD und der Linken. Während die SPD eine Vermittlung in Arbeit unterhalb ortsüblicher Entgelte ausschließen will, soll aus Sicht der Linken Arbeit unzumutbar sein, die untertariflich bezahlt wird.

Fazit: Manches erreicht - Einiges zu tun

Nicht zuletzt durch den Druck der IG Metall ist Bewegung in die arbeitsmarktpolitische Debatte gekommen. Insbesondere Forderungen zur Eindämmung atypischer und prekärer Beschäftigung sind von SPD, Grünen und Linken aufgenommen worden. Je nach Wahlausgang stehen die Umsetzungschancen, z.B. für die Einführung eines Mindestlohns oder Veränderungen bei der Leiharbeit, nicht schlecht. Forderungen zur Verbesserung der Situation von Arbeitslosen finden demgegenüber bisher weniger Widerhall. Dies gilt insbesondere für die Anhebung der Hartz IV-Regelsätze, einen verlängerten Arbeitslosengeldbezug und veränderte Zumutbarkeitsregeln.

Zudem stellt sich in insgesamt die Frage, inwiefern die Parteien ihre Programmatik im Fall einer Regierungsbeteiligung tatsächlich umsetzen. Für die IG Metall geht es daher darum, den öffentlichen und betrieblichen Druck hoch zu halten – vor und nach der Bundestagswahl.



"Gute Arbeit, gute Löhne und soziale Sicherheit lautet das arbeitsmarktpolitische Leitmotiv der IG Metall. Wir wollen eine sozialstaatliche Neuordnung des Arbeitsmarktes, die diesem Leitmotiv folgt."

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Impressum:

Herausgeber: IG Metall Vorstand,

Funktionsbereich Sozialpolitik,

60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Hans-Jürgen Urban

Redaktion: Christoph Ehlscheid, Axel Gerntke,

Angelika Beier, Stefanie Janczyk

Gestaltung: Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de. Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.

